

Demokraten plündern die Steuerzahler mit enormen Kosten für Energie

geschrieben von Andreas Demmig | 15. Oktober 2023

Information des Haushaltsausschuss: Die Bidenflation führt zu höheren Preisen an der Zapfsäule und höheren Energierechnungen für amerikanische Arbeitnehmer und Familien.



Nick Pope Mitwirkender, 05. Oktober 2023

Nach den von der US Energy Information Administration (EIA) veröffentlichten Daten waren die Steuerzahler in blauen Bundesstaaten [blau = unter Führung der Demokraten] im Juni mit den höchsten Stromtarifen für Privathaushalte konfrontiert und übertrafen damit die meisten der von den Republikanern kontrollierten Bundesstaaten.

Den EIA-Daten zufolge haben 16 der 20 Bundesstaaten mit den höchsten Stromtarifen für Privathaushalte im Juni demokratische Gouverneure. Die höchsten Strompreise der 48 Kontinentalstaaten waren im Juni Connecticut, Kalifornien, New Hampshire, Maine, Massachusetts, Rhode Island, New York und Vermont, diese wählten laut EIA alle Präsident Joe Biden im Jahr 2020.

Die Bundesstaaten mit den günstigsten Energiepreisen waren Washington State, Louisiana, Utah, Idaho, Nebraska, North Dakota, Tennessee, Arkansas und Kentucky, wobei der vorherige Präsident Donald Trump in all diese Bundesstaaten die Mehrheit der Wähler bekam, außer Washington State. Von den 15 günstigsten Bundesstaaten im gleichen Zeitraum werden nur zwei nicht von Republikanern regiert.

(RELATED: Gas Prices Have Quietly Jumped 20 Cents In The Last Month)
(Die Benzinpreise sind im letzten Monat leise um 20 Cent gestiegen)

.@JoeBiden says he would be willing to sacrifice economic growth and the displacement of blue collar jobs in order to transition to a Green economy pic.twitter.com/4lLd6GgKay

– Daily Caller (@DailyCaller) December 20, 2019

@JoeBiden sagt, er wäre bereit, Wirtschaftswachstum zu opfern und Arbeiterplätze abzubauen, für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft.

Bemerkenswerterweise waren die Strompreise in Alaska in 2020 mit 20,20 ct/ kWh noch an zweiter Stelle (nach Hawaii, mit 28,72 ct/kWh). In 2023 stiegen die Preise in Alaska auf 24,72 ct/kWh (8. Position), während Connecticut im Mai die zweite Position (nach Hawaii mit 41,74 ct/kWh) mit 31,80 ct/kWh eroberte. Connecticut liegt im bevölkerungsreichsten Korridor der gesamten USA, während Alaska nicht den Vorteil hat, bei Bedarf Übertragungsleitungen zu teilen oder Strom über Staatsgrenzen hinweg zu importieren und zu exportieren, wie dies in vielen Bundesstaaten der angrenzenden 48 der Fall ist. Die Werte von 2020 finden Sie auf dem Alaska-Politikforum.

Die Energiekosten seit Bidens Amtsantritt im Jahr 2021 sind doppelt so schnell gestiegen wie die Kosten für alle anderen Güter. Im Durchschnitt sind die Energiepreise seit Bidens Amtsantritt um etwa 30 % gestiegen.

Die durchschnittliche monatliche Belastung für amerikanische Privatkunden stieg zwischen 2021 und 2022 inflationsbereinigt um 13 % von 121 US-Dollar pro Monat auf 137 US-Dollar pro Monat. Im Jahr 2022 kam es im Jahresvergleich zu dem größten Anstieg der durchschnittlichen Stromrechnungen für Privathaushalte seit 1984, dem ersten Jahr der EIA-Datenaufzeichnung.

Jüngste Zahlen deuten darauf hin, dass die Heizkosten für Amerikaner in den kommenden Monaten ebenfalls in die Höhe schnellen werden, wenn sich das kommende Wetter als besonders kalt erweist. Insbesondere für Haushalte, die auf Heizöl angewiesen sind, so die National Energy Assistance Directors Association. Die Besorgnis über einen möglichen Anstieg ist auf unterdurchschnittliche Reserven zurückzuführen.

Das Weiße Haus reagierte nicht sofort auf eine Bitte um Stellungnahme.

<https://dailycaller.com/2023/10/05/blue-states-expensive-residential-electricity-costs/>

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

Statement des Haushaltsausschusses

Trotz steigender Preise treibt die Wirtschaftspolitik der Demokraten den Preis für Energie weiter in die Höhe

- Im Juli 2023 schlug die Biden-Administration eine Regelung vor, die die Kosten für Bohrungen auf Bundesgebieten um fünfzehnmal höher treibt als heute. Lizenzgebühren steigen ebenfalls dank des sogenannten „Inflation Reduction Act“ der Demokraten. Das belastet

Amerika Energie Produzenten in den nächsten neun Jahren mit 1,8 Milliarden US-Dollar.

- Ende 2021 schlug die Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA) eine Regulierung von Methan Emissionen aus der Öl- und Gasindustrie vor. Die EPA stellte fest, dass dies die Öl und Gas Branchen um 10 Milliarden US-Dollar belastet.
- Mit dem sogenannten „Inflation Reduction Act“ wurde eine neue Gebühr auf Methanemissionen eingeführt. Das belastet die Öl- und Gasunternehmen im nächsten Jahrzehnt weitere 6,35 Milliarden US-Dollar.
- Mit dem „Infrastructure Investment and Jobs Act“ (Gesetz über Infrastrukturinvestitionen und Arbeitsplätze) der Demokraten wurde auch eine „Superfonds“-Steuer auf Erdöl eingeführt – eine Steuer, die unsere Energieproduzenten seit über 27 Jahren nicht mehr tragen mussten.
- Bereits an seinem ersten Tag im Amt stornierte Präsident Biden den Bau der Keystone XL Pipeline, die täglich 830.000 Barrel Öl zu US-Raffinerien transportiert hätte.

https://budget.house.gov/imo/media/doc/americans_are_paying_more_for_fuel_energy_as_bideninflation_rages_on.pdf

Übersetzt durch Andreas Demmig